

## "Die erste Etappe" in Handelsblatt (27. März 1957)

**Legende:** Am 27. März 1957 kommentiert die deutsche Wirtschaftstageszeitung Handelsblatt die Unterzeichnung der Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EAG oder Euratom) zwei Tage zuvor und schildert die Herausforderungen der Gründung des Gemeinsamen Marktes.

**Quelle:** Handelsblatt. Deutsche Wirtschaftszeitung. 27.03.1957, n° 37; 12. Jg. Düsseldorf: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH. "Die erste Etappe", p. 1.

**Urheberrecht:** (c) 2004 Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/die\\_erste\\_etappe\\_in\\_handelsblatt\\_27\\_märz\\_1957-de-02a8421c-4ec7-40d7-9d20-5ffedb91c884.html](http://www.cvce.eu/obj/die_erste_etappe_in_handelsblatt_27_märz_1957-de-02a8421c-4ec7-40d7-9d20-5ffedb91c884.html)

**Publication date:** 05/11/2015



## Die erste Etappe

Her. — Mit der Unterzeichnung der Verträge über den Gemeinsamen Markt und Euratom durch die Außenminister der Montanunionländer ist die erste entscheidende Etappe auf dem Wege zur Verwirklichung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zurückgelegt. Sie hat rund zwei Jahre gedauert, denn soviel Zeit brauchte man seit der heute beinahe schon historisch gewordenen Messina-Konferenz, um die Verträge auszuarbeiten. In der zweiten Etappe ist nun noch die Hürde der Ratifizierung des Vertragswerks in den Parlamenten der beteiligten sechs Länder zu überspringen. Das soll noch im Laufe dieses Jahres geschehen, damit die Verträge am 1. Januar 1958 in Kraft treten können. Die dritte Etappe wird wesentlich länger dauern, nämlich 12 bis 15 Jahre. Soviel Zeit hat man für die Übergangsperiode angesetzt, innerhalb der die Zollmauern und sonstigen Handelshemmnisse zwischen den Mitgliedsländern abgebaut werden sollen.

Die berechtigte Freude darüber, daß mit der Vertragsunterzeichnung der Gedanke einer engen wirtschaftlichen und später auch politischen Zusammenarbeit Europas aus dem Bereich der Planung in den der Verwirklichung gerückt ist und die Montanunion nicht mehr der einzige Ansatzpunkt für diese Zusammenarbeit bleibt, darf allerdings den Blick nicht für die offensichtlichen Mängel der Europaverträge trüben. Bundeswirtschaftsminister Erhard hat in der vergangenen Woche im Bundestag auf diese Mängel hingewiesen und erklärt, daß in den Paragraphen des Vertrages Gut und Böse dicht beieinander liegen und daß es jetzt „auf den Geist ankommt, der das Gesetz macht“. Man kann nur hoffen, daß das Vertragswerk von den darin vorgesehenen Organen — also in erster Linie von der europäischen Kommission und dem Ministerrat — wirklich in freiheitlichem, einen echten Wettbewerb fördernden Geist ausgelegt und nicht der Versuch unternommen wird, das Kleineuropa der „Sechs“ zu einem Block zu machen, der sich von der übrigen Welt abschließt. Diese Gefahr kann am besten verhütet werden, wenn auch die Freihandelszone unter maßgeblicher Beteiligung Großbritanniens und der meisten anderen dem Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) und der Europäischen Zahlungsunion (EZU) angehörenden Länder verwirklicht und so die Zollunion mit der übrigen Welt enger verbunden wird.

Jetzt schon dürfte feststehen, daß die Einbeziehung der überseeischen Gebiete der Mitgliedsländer und dabei vor allem der französischen Kolonialgebiete in den Gemeinsamen Markt das Verhältnis der Zollunion zu den außenstehenden Ländern erheblich belasten und auch die Errichtung der Freihandelszone erschweren wird. Die bisherigen negativen Reaktionen Großbritanniens und der lateinamerikanischen Staaten lassen hier jedenfalls keinen übertriebenen Optimismus zu.

Der Interimsausschuß, dessen Bildung am Montag in Rom beschlossen worden ist und der die offenen Punkte des Projekts der Zollunion klären soll, dürfte noch eine Menge Arbeit zu leisten haben. Je gründlicher man bei diesen Vorarbeiten zu Werke geht — ohne dabei in einen unangebrachten und sterilen Perfektionismus zu geraten —, um so weniger wird dann die Übergangsperiode, die Anfang 1958 beginnen soll, mit Unklarheiten und möglichen Streitpunkten belastet. Bei diesen restlichen Vorarbeiten sollte man stärker als bisher Vertreter der Wirtschaft heranziehen, um deren Schicksal es ja schließlich — trotz der vorwiegend politischen Zielsetzung des Gemeinsamen Marktes — in erster Linie geht. Wir fürchten allerdings, daß hier nicht mehr sehr viel von dem, was bis jetzt versäumt worden ist, nachgeholt werden kann. Der Wortlaut der Verträge liegt schon fest, und wegen fragwürdiger Einzelheiten wird wohl niemand, dem die europäische Integration wirklich am Herzen liegt, das gesamte Gebäude der Zollunion, das mit soviel Mühe aufgebaut worden ist, wieder zum Einsturz bringen wollen.